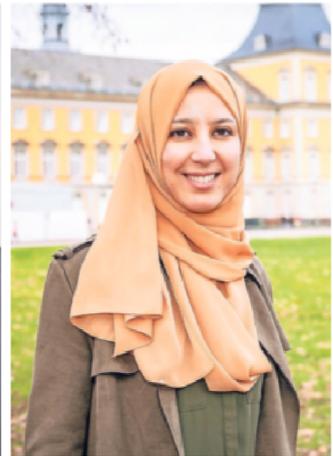


**VIelfalt** Nie zuvor gab es so viele Bonner mit ausländischen Wurzeln. Derzeit machen sie rund ein Drittel der Bewohner in der Stadt aus. Wer sind sie? Was bewegt sie? Warum dürfen viele von ihnen nicht wählen?

# Meine Heimat Bonn



Vier Bonner, vier Geschichten: (von links) Ramy Azrak, Zsófia Poták, Moustafa Sabbagh und Saloua Oudda wollen in ihrer Stadt etwas bewegen. FOTOS: BENJAMIN WESTHOFF

VON DENNIS SCHERER

**BONN.** Als er 34 Jahre alt war, ging Moustafa Sabbagh das erste Mal zur Wahl. „Vielleicht habe ich auch in Syrien mal gewählt“, sagt er. „Aber das spielt keine Rolle, da steht das Wahlergebnis vorher fest.“ Er hatte gerade sein Abitur gemacht, als er 1995 nach Deutschland ging, um zu studieren. Eigentlich wollte er danach in seine Heimat zurückkehren. Am Ende blieb er in Bonn, arbeitet hier und ist mit einer Deutschen verheiratet.

Sabbagh musste 13 Jahre warten, bevor er bei politischen Entscheidungen in seiner neuen Heimat mitreden durfte: Wer etwa seine Interessen im Stadtrat oder im Bundestag vertritt. Andere Menschen leben 30 oder 40 Jahre in Deutschland, ohne wählen zu dürfen, obwohl sie die Sprache sprechen, hier arbeiten und Steuern zahlen. Weil sie keine Staatsbürger sind, dürfen sie bei der Kommunalwahl nur bestimmen, wer sie im Integrationsrat vertritt (siehe Infobox). In der Statistik werden sie als Ausländer aufgeführt.

„Ich finde schon den Begriff Ausländer unglücklich und antiquiert“, sagt Ramy Azrak. „Wie lange bleibe ich Ausländer? Wenn ich 40 Jahre hier bin, ist das meine Heimat.“ Azraks Eltern sind in den 50ern aus Syrien nach Deutschland gekommen, er lebte sie in Berlin, später in Bonn. Azrak hat einen deutschen Pass. Auch er kann bei der

Wahl des Integrationsrates abstimmen. Leute hätten ihn sogar aufgefordert, für das Gremium zu kandidieren. „Aber ich habe mich nicht aufstellen lassen“, sagt Azrak. „Das Problem ist, dass der Integrationsrat keine Entscheidungen treffen kann.“ Azrak leitet die Dr. Moroni Stiftung für Integration und Bildung in Tannenbusch. Er berichtet davon, dass die Politikverdrossenheit groß sei bei den Menschen, die sich abgehängt fühlen. „Die denken: Egal was ich mache, es passiert eh nichts“, sagt Azrak. Er plädiert dafür, Menschen, die länger hier leben, das Wahlrecht zu geben – auch wenn sie keine Staatsbürger sind.

Seit den 90ern hat die Zahl der Zuwanderer in Bonn stetig zugenommen (siehe Grafik). Von rund 330 000

Bonnern sind knapp 100 000 zugewandert – also entweder Deutsche mit einer Migrationsgeschichte oder eben Menschen ohne deutschen Pass. Entsprechend hat auch die Zahl derer zugenommen, die den Integrationsrat wählen können: Waren es bei der Kommunalwahl 2014 noch 57 000 Stimmberechtigte, betrug ihre Zahl 2020 schon 87 000. Derzeit sind rund 58 000 Bonner keine deutschen Staatsbürger, dürfen also nicht an Wahlen teilnehmen, wie etwa der zum Stadtrat. Im Gegensatz zu Briten, Franzosen und anderen EU-Bürgern, die sich an der Kommunalwahl beteiligen können. „Das ist eine Ausgrenzung und eine Zweiklassengesellschaft“, sagt Zsófia Poták. „Es ist ein bisschen so, als seien die EU-Ausländer die bes-

seren Ausländer.“ Poták ist im Bildungs- und Familienzentrum VIELBUSCH für die Nachbarschaftshilfe zuständig. Ihre Familie kam in den 80ern aus Ungarn nach Deutschland. Man müsse sich fragen, wie offen eine Gesellschaft ist, die daran festhält, dass Menschen ohne deutschen Pass hier nicht in der Politik mitbestimmen können. „Wer eine gewisse Zeit hier verbringt, sollte auch abstimmen dürfen“, sagt sie.

Ähnlich sieht es die Integrationsbeauftragte der Stadt, Coletta Manemann. „Wer seit Langem hier lebt und sprachlich, beruflich, sozial und kulturell integriert ist, kann es schon als Zurückweisung oder Kränkung erleben, vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen zu sein. Eine Motivation für Integration ist das

natürlich nicht“, schreibt sie in einer E-Mail. Und ergänzt: „Viele bewegt intensiv die Zukunft ihrer Kinder, also Schule-Ausbildung-Studium-Beruf, aber auch Rassismus und Diskriminierung.“

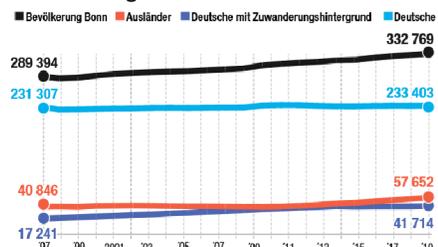
Diese Themen zählt auch Saloua Oudda auf. Sie kam 2003 aus Marokko zum Studieren nach Deutschland. „Die Sprache ist das A und O für die Integration“, sagt sie. „Man kann trotzdem stolz auf seine Herkunft und seine Kultur sein.“ Menschen, die schon Jahre hier leben, sollten nicht von politischen Entscheidungen ausgeschlossen werden, ihre Stimme sollte gehört werden, findet sie.

Poták fordert auch deswegen, dass der Integrationsrat und seine Arbeit besser bekannt sein müssen. „Die

Leute müssen wissen, dass sie sich an ihn wenden können – bei Problemen mit der Wohnungssuche oder bei Diskriminierung“, sagt sie. Sie selbst sei nicht einmal benachrichtigt worden, dass sie wählen dürfe. Dass viele Menschen keine Wahlbenachrichtigung bekommen haben, davon berichtet auch Sabbagh. Das Presseamt schreibt dazu in einer E-Mail: „86 924 Wahlberechtigte für die Integrationsratswahl haben eine entsprechende Benachrichtigung bekommen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Personen keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben. Sie hätten sich aber melden können und wären dann ins Wählerverzeichnis aufgenommen worden.“

Sabbagh hat seine Stimme abgegeben und sogar für den Integrationsrat kandidiert. Auch er ist dafür, dass Menschen ohne deutschen Pass an der Kommunalwahl teilnehmen können. Er findet allerdings, sie sollten erst eine gewisse Zeit hier sein und vielleicht sogar einen Demokratie-Kurs besuchen. „Viele dieser Menschen kommen aus Ländern, wo es kein demokratisches Leben gibt, wo Wahlen Shows sind. Die denken, hier ist das genauso“, sagt er. „Das habe ihm sein Wahlkampf gezeigt.“ Die Leute haben zu mir gesagt: Wenn du erst mal in dem Rat sitzt, bekommst du eine Villa und einen Mercedes“, berichtet er. „Ich habe dann gesagt: Leute, das ist ehrenamtlich.“

## Bevölkerung in Bonn



## DER INTEGRATIONS-RAT

### Wer seine Stimme abgeben darf

Die Wahl der Integrationsräte findet in NRW bei der Kommunalwahl statt. Das Gremium ist die politische Vertretung der Migrantinnen und Migranten in der Stadt. Es ist mit 27 Vertretern besetzt: 18 werden direkt gewählt, neun von den Ratsfraktionen entsandt.

Bei der Wahl darf abstimmen, wer nicht Deutsche oder Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist oder

- wer neben der deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft besitzt und
- mindestens 16 Jahre alt ist
- sich seit mindestens einem Jahr rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält und
- mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl seine Hauptwohnung in Bonn hat.

Wählen darf auch, wer die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder als Kind ausländischer Eltern durch Geburt in Deutschland erworben hat. sdn

## INTERVIEW MARKUS OGOREK

# „Das Wahlrecht erscheint antiquiert“

Der Rechtswissenschaftler spricht darüber, warum Ausländer nicht bei der Kommunalwahl abstimmen dürfen und warum sich das ändern sollte

**M**arkus Ogorek leitet das Institut für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Uni Köln. Dennis Scherer hat mit ihm über Integration und Wahlrecht gesprochen.

**Warum müssen Ausländer in Deutschland eigentlich Steuern zahlen, dürfen aber nicht wählen?**

**Markus Ogorek:** Das hängt damit zusammen, dass man im Verfassungsrecht dem Gedanken anhängt, das Staatsvolk bilde in gewisser Weise eine Schicksalsgemeinschaft. Grundsätzlich dürfen also nur Deutsche wählen. Eine Ausnahme gilt für EU-Ausländer, die auf kommunaler Ebene an Wahlen teilnehmen dürfen. Dies ist schon seit 1992 in unserer Verfassung geregelt. Dahinter steht die Überlegung, dass uns Europa etwas Besonderes verbindet.

**Für Menschen die nicht EU-Bürger sind, gilt das aber nicht. Ogorek:** Das ist richtig. Allerdings

bleibt Nicht-EU-Ausländern auf der lokalen Ebene die Wahl des Integrationsrates. Natürlich kann man fragen: Warum wird diesen Menschen nicht die Möglichkeit gegeben, die Geschichte des Ortes zu beeinflussen, in dem sie leben? Das war auch ein Grund dafür, dass 1994 der Integrationsrat eingeführt wurde, der damals noch Ausländerbeirat hieß. Er soll dazu dienen, die politische Teilhabe dieser Gruppe zu stärken und ihnen das Gefühl zu geben: Wir gehören dazu, wir können uns einbringen, wir finden Gehör.

**Finden Sie, es gehen gute Impulse von den Integrationsräten aus?**

**Ogorek:** Das hängt immer von den Mitgliedern der einzelnen Räte ab: Es gibt Frauen und Männer, die sind extrem engagiert, für sie ist die Tätigkeit geradezu Lebensaufgabe. Andere sind mehr oder weniger in das Amt hineingerutscht. Problematisch ist natürlich: Am Ende hat der Integrationsrat keine echte Kompetenz,

Entscheidungen zu treffen, sondern ist auf den Stadtrat angewiesen.

**Wird nicht die Integration von Einwanderern verhindert, wenn sie bei Wahlen nicht abstimmen dürfen?**

**Ogorek:** Sie wird jedenfalls nicht erleichtert. Gerade auf kommunaler Ebene ist es politisch wünschenswert, auch Nicht-EU-Ausländer einzubinden. Deutschland hat sich aber

immer schwergetan anzuerkennen, dass wir im Grunde ein Einwanderungsland sind. Ich glaube, wenn jemand über eine längere Zeit in einer Stadt gelebt hat und bereit ist, sich einzubringen, sollten wir ihm auch die Möglichkeit geben. Das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer wäre dafür ein geeigneteres Mittel als die unverbindliche Teilhabe über einen Integrationsrat.

## ZUR PERSON

### Studium in Bochum und Berkeley

Markus Ogorek ist Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Uni Köln. Zuvor war er Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der EBS Universität für Wirtschaft und Recht. Ogorek hat in Bochum, Salzburg und Berkeley studiert. sdn



Markus Ogorek lehrt an der Universität Köln. FOTO: UNIKÖLN

**Was müsste passieren, damit Nicht-EU-Ausländer bei der Kommunalwahl abstimmen können?**

**Ogorek:** Das ist eine verfassungsrechtliche Frage, die unter Juristen umstritten ist. Die einen sagen: Es bedarf einer Änderung des Grundgesetzes. Die anderen meinen: Eine Änderung des Wahlrechts in den Bundesländern würde genügen. Falls es einer Verfassungsänderung bedarf, halte ich sie für geboten.

**Die Menschen sind heute mobiler als je zuvor. Ist ein solches Wahlrecht überhaupt noch zeitgemäß?**

**Ogorek:** Es erscheint in der Tat antiquiert, was sicher auch der Brexit deutlich macht. Zum Beispiel verliert ein Brite in Bonn nun sein Wahlrecht, weil sein Heimatland die Europäische Union verlässt – auch wenn er vielleicht seit 20 Jahren nur selten auf der Insel war. Will man ernsthaft behaupten, dass der Brexit seine Verbundenheit zur Stadt Bonn infrage stellt?

**Welche Konsequenzen hätte es, wenn Nicht-EU-Ausländer bei der Kommunalwahl abstimmen dürfen? Welche Parteien würden vermutlich davon profitieren?**

**Ogorek:** Wenn man den Kreis der Wahlberechtigten verändert, hat das natürlich politische Folgen. Das zeigt sich auch bei der Frage, ob das Wahlalter heruntersetzt werden sollte. Junge Menschen wählen vermutlich weniger häufig konservativ als ältere. Es würde aber sicher zu Veränderungen kommen. Das sieht natürlich nicht jeder gerne. Aber es ist Aufgabe der etablierten Parteien, auch Nicht-EU-Ausländer politisch zu integrieren. Es wäre daher eine positive Entwicklung, wenn ein erweitertes Kommunalwahlrecht dafür sorgen könnte, dass diese Menschen stärker von der Kommunalpolitik wahrgenommen werden. Einige leben schließlich schon seit Jahrzehnten in Deutschland und identifizieren sich sehr stark mit ihrer Heimatstadt.